



## Regierungsratsbeschluss vom 22. Dezember 2015

Schriftliche Anfrage Georg Mattmüller betreffend integrative Berufsbildung

**P155472**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

### **Begründung**

Die standardisierten Vorgaben und Rahmenbedingungen der Berufsbildung, wie sie in der nationalen Gesetzgebung definiert werden, stehen in einem Interessenkonflikt, teilweise sogar im Widerspruch zu den individuellen Ansprüchen einer flexiblen, integrativen Berufsbildung. Es wird immer Jugendliche geben, die aufgrund ihrer Behinderung/Einschränkung nicht in die Bildungslandschaft nach Berufsbildungsgesetz (BBG) integrierbar sind. Zu prüfen ist die Frage, inwiefern diese Jugendlichen unter Berücksichtigung dieser Behinderungen ausserhalb der normierten, nationalen Berufsbildungssystematik in den Berufsalltag (1. Arbeitsmarkt) integriert werden können. Integrative Berufsbildung und Berufsintegration sind strikte voneinander zu trennen.

